

Stand: 13.12.2025 04:55:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5857

"Kein Tempolimit auf der A 94 (Isentalautobahn)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5857 vom 28.01.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/7810 des BV vom 04.02.2020
4. Beschluss des Plenums 18/8132 vom 28.05.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Josef Seidl und Fraktion (AfD)**

### **Kein Tempolimit auf der A 94 (Isentalautobahn)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf der BAB A 94 (Isentalautobahn) kein Tempolimit einzuführen. Sollte diese Maßnahme bereits durchgeführt worden sein, sollte diese umgehend wieder zurückgenommen werden.

#### **Begründung:**

Der Wunsch nach Lärmschutz durch die Anwohnerinnen und Anwohner an der A 94 (Isentalautobahn) ist sehr gut zu verstehen. Für diesen Lärmschutz müssen aber sinnvolle bauliche Maßnahmen angewendet werden. Purer Aktionismus, wie die Einführung eines Tempolimits von 120 Stundenkilometern, bringen in dieser Hinsicht überhaupt keine Verbesserung.

Es ist nicht nachzuvollziehen, dass kurz nach der Fertigstellung, die einen reibungslosen Verkehrsverlauf zwischen Passau und München gewährleisten soll, der Verkehrsfluss durch ein sinnloses Tempolimit wieder verzögert werden soll. Unverständlich ist ebenso, dass das Tempolimit umgesetzt werden soll, bevor das laut dem zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr beschlossene Lärmgutachten auf Grundlage tatsächlicher Messungen erstellt worden ist.

Auch die für die A 94 zuständige Autobahndirektion Südbayern steht der Forderung eines Tempolimits aus Gründen des Lärmschutzes kritisch gegenüber. Aus Sicht der Verantwortlichen würde ein Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus ähnliche Forderungen an vielen anderen deutschen Autobahnen nach sich ziehen. Da ist die Frage sehr wohl begründet, warum man überhaupt Gesetze und Grenzwerte für Lärmschutz hat, wenn sich die Staatsregierung dann einfach willkürlich darüber hinwegsetzt. Solche Maßnahmen wären dann auch eine offene Hintertür für die Einführung eines generellen Tempolimits auf deutschen Autobahnen aus Gründen des Lärmschutzes.

Gegen das geplante Tempolimit auf der A 94 läuft aus guten Gründen auch bereits eine Petition. Es wird befürchtet, dass die Autofahrer bei einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Autobahn gleich wieder auf die B 12 ausweichen. So würden die dortigen Anwohnerinnen und Anwohner wieder vom Verkehrslärm geplagt, dem sie gerade entronnen sind.

Ein weiteres sehr stichhaltiges Argument gegen ein Tempolimit ist, dass der größte Teil des Verkehrslärms durch den Schwerlastverkehr verursacht wird. Dieser wäre selbstverständlich durch eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht betroffen, da die betreffenden Fahrzeuge ohnehin nur 80 Stundenkilometer fahren dürfen.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Waldmann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer das Wort.

**Dr. Dominik Spitzer (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die AfD fordert die Staatsregierung dazu auf, alle kommunalen bayerischen Krankenhäuser zu entschulden, die für eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung notwendig sind. Wenn man diese Forderung liest, fühlt man sich ein bisschen an die sozialromantischen Träumereien von Olaf Scholz erinnert, der auf einen Schlag Tausende von Kommunen, die defizitär sind, entschulden möchte. Mich verwundert, dass ein solcher Antrag gerade in diesem Zusammenhang von der AfD kommt.

Wenngleich es ein Versäumnis der Landespolitik war, im Rahmen der dualen Finanzierung den Krankenhäusern nicht genügend finanzielle Mittel für ihre Investitionen zur Verfügung zu stellen, ist Ihr Vorschlag mehr als ungerecht. Was ist mit den kommunalen Kliniken, die sich über Jahre hinweg durch kluges Management, durch Disziplin, durch Wirtschaften eine schwarze Null gerettet haben? Was ist mit freien gemeinnützigen Kliniken, die einen wichtigen Auftrag in unserer Gesellschaft erfüllen? Was ist mit privaten Kliniken, die jeden Tag ihr Bestes für die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung geben? – Diese fallen bei Ihrem Vorschlag komplett hintenüber.

Darüber hinaus frage ich mich, was Sie sich von einer einmaligen Entschuldung versprechen. Wäre es nicht sinnvoller, eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierungsgrundlage zu fordern als einen einmaligen Schuldenschnitt?

Generell müssen wir uns als Gesellschaft die Frage stellen, welche Art und welchen Umfang der Notfallversorgung wir in Zukunft möchten. Der Fachkräftemangel und der wirtschaftliche Druck werden uns dazu zwingen, eine Reform unserer Notfallversorgung anzustoßen. Ob unsere Kliniklandschaft am Ende so aussieht, wie die kürzlich veröffentlichte Bertelsmann-Studie es vorsieht, bleibt offen. Wichtig ist jedoch, dass wir uns jetzt darüber Gedanken machen, wie wir diesen Wandel als Politik begleiten und gestalten können.

Ihr Vorschlag in dieser Debatte ist aber weder ökonomisch sinnvoll noch sozial gerecht. Auch Ihrer zweiten Forderung, nämlich den Verbleib der Bedarfsplanung von Notfallzentren in Landeshand, können wir nichts abgewinnen. Im aktuellen Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums ist geplant, eine Richtlinie durch den Gemeinsamen Bundesausschuss – Frau Waldmann hat das heute schon in einem anderen Zusammenhang erwähnt – aufsetzen zu lassen, nach der dann der Erweiterte Landesausschuss die Klinikstandorte aussucht, die ein INZ erhalten sollen.

Wenn es um die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung geht, vertraue ich lieber auf die Expertise meiner Kollegen aus der Ärzteschaft als einem Antrag der AfD. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/5852 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Es gibt keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,  
Katrín Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 18/5857

**Kein Tempolimit auf der A 94 (Isentalautobahn)**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Josef Seidl**  
Mitberichterstatterin: **Ulrike Scharf**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
3. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 4. Februar 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

**Sebastian Körber**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/5857, 18/7810

**Kein Tempolimit auf der A 94 (Isentalautobahn)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Dr. Wolfgang Heubisch**

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 1 und 16 der Anlage. Dies sind zum einen die Europaangelegenheit betreffend die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen "Der europäische Grüne Deal" auf Drucksache 18/5993 und zum anderen der Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen" auf Drucksache 18/6081, die auf Wunsch der AfD-Fraktion gesondert beraten werden sollen. Der Aufruf erfolgt nach der Beratung der Dringlichkeitsanträge, sofern die Zeit dies noch zulässt, ansonsten in der nächsten Plenarsitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD bei Abwesenheit der fraktionslosen Abgeordneten. Dann ist dies einstimmig beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- |        |  |
|--------|--|
| (E)    | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  |
| (G)    | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen   |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen<br>oder<br>Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A)    | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder<br>Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss                       |
| (Z)    | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss   |

## Europaangelegenheden

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
Der europäische Grüne Deal  
COM(2019) 640 final  
BR-Drs.: 655/19  
Drs. 18/5993, 18/8006 (G)

**Diese Europaangelegenheit wird gesondert beraten.**

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:  
Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas  
COM(2020) 27 final  
BR-Drs.:37/20  
Drs. 18/6645, 18/7971 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

[illegible]



[illegible]





12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Tempolimit auf der A 94 bis zum Erreichen eines wirksamen Lärmschutzes  
Drs. 18/5877, 18/7811 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Inge Aures,  
Markus Rinderspacher u.a. SPD  
Konzept für die Begrünung von Gebäudefassaden und -dächern  
Drs. 18/5878, 18/7952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

14. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Markus Rinderspacher, Inge Aures SPD  
Planung für Barrierefreiheit an Bahnhöfen voranbringen  
Drs. 18/5886, 18/7812 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Denkmäler nutzen, Heimat erhalten – bayerischen Kommunen Ankauf von Baudenkmälern ermöglichen  
Drs. 18/5899, 18/7767 (E) [X]

**Auf Antrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER  
gem. § 126 Abs. 3 BayLTGesChO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst**

[illegible]

16. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,  
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Westbalkan mit dem Migrationsdruck nicht allein lassen  
Drs. 18/6081, 18/7963 (A)

**Der Antrag wird gesondert beraten.**

17. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD  
Verpflichtende EU-Vorgabe zur Vereinheitlichung von Handy-Ladegeräten  
Drs. 18/6168, 18/7976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

